

Liestal, 25. Oktober 2022/FKD

Stellungnahme

Vorstoss	Nr. 2022/117
Postulat	von Thomas Noack
Titel:	Steuerausfälle: Nicht mit uns! Steuerertrag bezogen auf Quartiere und Bauzonen ausweisen
Antrag	Vorstoss entgegennehmen

Begründung

Der Regierungsrat wird im Postulat gebeten, quartier- und bauzonenbezogene Auswertungen des Ertrags aus Einkommens- und Vermögenssteuern beim Statistischen Amt in Auftrag zu geben und den Gemeinden, der Wissenschaft und einer breiteren Öffentlichkeit in geeigneter Form zur Verfügung zu stellen, wobei die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen zu klären und sofern nötig zu schaffen sind.

Das Statistische Amt führt bereits eine kantonale Steuerstatistik ([SGS 107.11](#): § 4 Absatz 1 Buchstabe a), welche auf den ordentlichen Steuerveranlagungen der im Kanton BL steuerpflichtigen Personen basiert und damit insbesondere die Einkommens- und Vermögensbesteuerung abdeckt. Die Quelldaten für die Steuerstatistik werden von der kantonalen Steuerverwaltung bereitgestellt. Diese Daten enthalten jedoch nur die Staatssteuererträge, d.h. insbesondere keine Gemeindesteuern. Zudem sind räumliche Auswertungen mit den derzeitigen Daten der Steuerstatistik nicht detaillierter möglich als auf Ebene der Gemeinde.

Um die gewünschten Auswertungen tätigen zu können, muss daher geprüft werden, ob und wie die Steuerstatistik erweitert werden kann. Für detailliertere räumliche Auswertungen würde sich anbieten, die Angaben zu den Steuerpflichtigen um den eidgenössischen Gebäudeidentifikator (EGID) sowie den eidgenössischen Wohnungsidentifikator (EWID) zu erweitern. Dadurch kann das bewohnte Gebäude exakt bestimmt und mit weiteren Angaben aus dem Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) ergänzt werden (z.B. Angaben zu Bauzonen). Wie die EGID-/EWID-Angaben in die Steuerstatistik gelangen, ist noch zu klären. Zudem müssen die beschriebenen Datenerweiterungen/-verknüpfungen sowie die gewünschte breite Publikation dieser Daten zunächst einer datenschutzrechtlichen Prüfung unterzogen werden.

Im Rahmen der Förderung von transparenten Verwaltungsdaten (Open Government Data, OGD) ist der Regierungsrat bereit, eine mögliche Erweiterung der Steuerstatistik vertiefter abzuklären und damit das Postulat entgegen zu nehmen.